

Randglossen zum Streit für und wider die Länderautonomie.

Wien, am 4. Jänner.

Der Krieg hat uns mit einer ganzen Flut von Reformvorschlägen für alle möglichen Gebiete beschenkt, aber auch gelehrt, äußerst vorsichtig und wählerisch gegenüber dieser Fülle von Plänen zu bleiben, die nicht einmal durchwegs kriegsgeboren sind, sondern denen vielfach der Krieg nur die heißbegehrte Gelegenheit schafft, Beachtung zu erlangen. Von allen Seiten meldeten sich neben vielen Verufenen verkannte Genies, denen der Krieg als geeignetes Sprungbrett für bis dahin abgelehnte Gedankengänge erschien. Man braucht nur nach dem Beispiel der Großeinkaufsgesellschaft sozialdemokratischer Konsumvereine, die in einem Rundschreiben ihren Vereinen riet, ihre alten Textilwaren frisch aufzumachen und sie zu den neuen hohen Kriegskonjunkturpreisen loszuschlagen, den alten Anregungen eine zeitgemäße Formel als Schelle umzuhängen, etwa: „Der Krieg hat bewiesen“, „die Erfahrungen des Krieges machen es uns zur Pflicht“, „die Tiefblickenden haben erkannt“ — und es genügt, um das Glück zu versuchen. Was sollte der Krieg z. B. nicht alles auf dem Gebiete der Schule „bewiesen“ haben, und zwar schon zu einer Zeit, als er überhaupt noch nichts bewiesen hatte! Von der unumgänglich gewordenen Abschaffung des „humanistischen Plunders“ bis zur höchst uneinheitlich begriffenen „Einheitschule“, von der sexuellen Zwangsaufklärung in der Volksschule bis zur Abschaffung des Religionsunterrichtes wurden alle Möglichkeiten von Schul- und Unterrichts-„reformen“ erschöpft und als Ergebnis angeblicher Kriegserfahrungen angepriesen, und zwar vielfach von Leuten, die sich selbst gegen Nachrichten über den Krieg in ihren Stuben lustdicht verschlossen hatten, um nur ja nichts von dieser peinlichen, theoriwidrigen Sache zu erfahren. Es empfiehlt sich also die größte Vorsicht gegenüber den vielen Reformpredigern der Kriegszeit, so gewiß jeder fruchtbare Gedanke willkommen ist.

Daß die innere Politik Oesterreichs den Reformeifer ganz besonders anregte, versteht sich bei unseren unfertigen, fließenden Verhältnissen von selbst. In der Tat ist die Reformbedürftigkeit kaum auf einem andern Gebiete so augenscheinlich. Aber auch hier ist vor allem Ueberreife, vor einer Ueberstürzung eindringlich zu warnen, damit es schließlich Oesterreich nicht ergehe wie dem Patienten, von dem das letzte Bulletin meldete: Die Operation, ausgeführt von den hochberühmten Professoren Y und Z, ist vollkommen gelungen, aber bald darauf verschied der Kranke an Herzschwäche. Wenn all das, was uns, meist in bester Absicht und vielfach von achtbarster Seite, an Reformvorschlägen für den künftigen administrativen Aufbau Oesterreichs vorgelegt wird, zu verwirklichen versucht würde, müßte einem um den Bestand des Staates angst und bange werden. Eine Theorie ist bald aufgestellt, ein Befund, ein Gutachten rasch abgefaßt, die Frage ist nur, ob es der Patient auch übersteht. Auch in der Politik folgt kurzem Wahn lange Neu-Generationen, Jahrhunderte müssen den Entschluß einer unklugen Stunde büßen.

Unter den zweifellosen politischen Ergebnissen der Kriegszeit steht die Ueberzeugung von der Notwendigkeit eines dauernd guten, möglichst reibungslosen Verhältnisses zwischen beiden Staaten der Monarchie und von der Unerläßlichkeit einer Stärkung der zentralen Staatsgewalt in Oesterreich gegenüber zentrifugalen Bestrebungen obenan. Man hatte im Kriege reiche Gelegenheit zu erfahren, was der österreichische Staat unbedingt braucht, was bisher schlecht, falsch oder nur unzulänglich war, was künftig

besonders zu betreiben oder zu erstreben ist. Es kann über das Mindestmaß all dessen, da der Krieg so berechtigt und gemeinverständlich, so klar und überzeugend redete, zwischen den Volksstämmen untereinander und mit dem Staate eigentlich einen ernststen Streit gar nicht mehr geben. Aber während den einen diese unerläßliche, in der Sache begründete Stärkung des staatlichen Lebens genügt, verlangen andere gleich die Vernichtung der Selbstverwaltungen; während die einen die Gliederung in Kreise als Behelf der staatlichen Verwaltung wie als Mittel zur Einschränkung des nationalen Kampfgebietes, zur Verringerung der Reibungsflächen für zweckmäßig halten, verbinden andere diesen an sich gewiß ganz gesunden, mindestens aber politisch-neutralen Gedanken mit der Forderung nach Abschaffung der Kronländer oder auch nach Zerstückelung der Kronlandsgebiete und willkürlicher Zusammenlegung und Neugruppierung der so erhaltenen Trümmer. Die Konstruktionslust reicht der Demolierwut die Hand. Schon daß die Konstruktiven und Destruktiven so nahe beieinander wohnen, sollte zur größten Vorsicht mahnen. Zertrümmert ist bald, aber ob im Neubau auch noch die Seele des alten Hauses zu finden ist? Es ist grundsätzlich zu meinen, man könne den Zug zum Staate dadurch steigern, daß man dem einzelnen Bürger sein engeres Heimatland verdirbt, zerschlägt, zerstückelt, abschafft. Dies gilt von den deutschen Alpenländern fast noch in höherem Maße als von den Sudeten- und Karpatenländern. Wer dem Steiermärker, Kärntner, Salzburger, Tiroler, Vorarlberger die engere Heimat, sein Kronland nähme, der würde seinen österreichischen Staatspatriotismus nicht stärken, sondern entwurzeln. Die Länder waren vor dem Gesamtstaat. Je steirischer der Steiermärker, je tirolischer der Tiroler in Oesterreich sein kann und darf, umso österreichischer denkt er. In den andern Ländern wird es nicht viel anders sein.

Man sollte sich von geschichtlichen Erfahrungen belehren lassen. Es hat eine Zeit gegeben, in welcher unter den habsburgischen Ländern und Ländergruppen Ungarn beinahe das stärkste Gemeinsamkeitsgefühl und -verständnis bekundete; freilich hatte die ständige Türkengefahr ihren Anteil daran. Die Politik, die diktatorisch den Gesamtstaatsgedanken voranstellen wollte, statt ihn als logisches Ergebnis aus dem Länderpatriotismus, also hinsichtlich Ungarns aus dem ungarischen Heimatglückgefühl heranreifen und zusammenwachsen zu lassen, führte zu den bekannten Trennungsbemühungen. Und während nach deren äußerlicher Niederringung auch den Zentralismus für das Gesamtreich zu organisieren glaubte, bereitete er in Wirklichkeit den bleibenden Dualismus vor. Wer in Oesterreich die Stärkung des Staates in der Zertrümmerung der Kronländer suchte, würde tofsicher ganz ähnliche Erfahrungen machen. Verfündigungen gegen den Geist der Geschichte folgt die Strafe unausbleiblich. Durch diese Feststellungen wird das Verdienst der großzügigen politischen Konzeption Scheichers („Vereinigte Oststaaten“) und Aurel Popovics („Vereinigte Staaten von Groß-Oesterreich“) nicht geschmälert; damals war alles im Flusse, der Bestand des Dualismus schien fraglich geworden, die Direktionslosigkeit in Oesterreich wie auch in Ungarn hatte Zustände geschaffen, welche das Chaos oder doch mindestens den rettungslosen Verfall ankündigten; unter jenen Verhältnissen waren die verwandten Vorschläge des österreichischen und des ungarländischen Politikers geniale Versuche, den anscheinend unlösbar gewordenen gordischen Knoten zu durchschlagen. Was ihrem immerhin noch realisierbaren Traum einer Gliederung der Monarchie in national einheitliche Territorien an ähnlichen Vorschlägen folgte,